

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 12/20

18.09.2020



Am Wahlabend freuen sich (v.l.) Oberbürgermeister Thomas Kufen, Fabian Schruppf MdL, Matthias Hauer MdB und Ministerpräsident Armin Laschet über das Ergebnis. © Renate Debus-Gohl

Kommunalwahl: Sieg für Kufen und CDU

Am Sonntag fanden in Nordrhein-Westfalen die Kommunalwahlen statt. In Essen haben die Wählerinnen und Wähler ihr Stimmrecht genutzt, um den Oberbürgermeister, den Stadtrat, die Bezirksvertretungen, die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr – auch Ruhrparlament genannt – und den Integrationsrat zu bestimmen. Oberbürgermeister Thomas Kufen wurde mit 54,27 Prozent bereits im ersten Wahlgang in seinem Amt bestätigt. Er konnte klare Mehrheiten in allen Stadtteilen erreichen. Im Essener Stadtrat ist die CDU mit 34,45 Prozent deutlich stärkste politische Kraft. Mit einem Plus von drei Prozentpunkten verzeichnet die CDU in Essen den höchsten CDU-Zugewinn in ganz NRW. Im Rat der Stadt Essen erhielt sie 30 der 41 Direktmandate. Die SPD ist mit 21 Sitzen (24,3 Prozent), die Grünen mit 16 Sitzen (18,6 Prozent) und die AfD mit sechs Sitzen (7,5 Prozent) im Rat vertreten. Auf Die Linke (3,9 Prozent), die FDP (3,0 Prozent) und das Essener Bürger Bündnis (2,9 Prozent) entfielen jeweils drei Sitze im Rat sowie auf die Tierschutzpartei und Die PARTEI jeweils zwei Sitze. In acht von neun Bezirksvertretungen der Stadt konnte die CDU Mehrheiten erreichen.

Wirecard: Aufklärung weiter vorantreiben

Als zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hielt Matthias Hauer MdB auch in der vergangenen Woche im Deutschen Bundestag eine Rede zur Aufklärung im Fall Wirecard (siehe Seite 2). Der Wirecard-Skandal hat das Vertrauen in den Finanzplatz Deutschland massiv beschädigt. „Dieses Vertrauen gilt es zurückzugewinnen“, bekräftigt Matthias Hauer. „Wir als Unionsfraktion werden im Untersuchungsausschuss mit Hochdruck konstruktiv an der Aufklärung mitarbeiten. Nach dem größten Finanzskandal in der Geschichte der Bundesrepublik dürfen wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen!“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Am Sonntag haben die Wählerinnen und Wähler die politischen Weichen für die Kommunalpolitik in unserer Stadt gestellt. Thomas Kufen wurde mit einem hervorragenden Ergebnis souverän wiedergewählt. Dazu habe ich ihm, gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten Armin Laschet und mit vielen aktiven Parteimitgliedern, am Wahlabend gratuliert.

Auch der Essener CDU wurde von den Wählerinnen und Wählern ein großes Vertrauen entgegengebracht. In 30 von 41 Wahlbezirken und in acht von neun Stadtbezirken lag die CDU auf dem ersten Platz. Auf allen Ebenen unserer Stadt wurde die CDU damit zur stärksten politischen Kraft bestimmt (siehe Text links).

Allen Gewählten gratuliere ich herzlich und wünsche ihnen ein stets glückliches Händchen für die Geschicke unserer Stadt. Mein Dank gilt all denjenigen, die sich für demokratische Parteien engagieren und bei dieser Wahl Verantwortung übernehmen wollten, aber kein Mandat erringen konnten.

Für Fragen und Anregungen zu kommunal- und bundespolitischen Themen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung. Kommen Sie dazu gerne auf mich zu (siehe Seite 6).

Ihr

Matthias Hauer MdB



Wirecard-Aufklärung



Matthias Hauer MdB bei seiner Rede am 11. September im Deutschen Bundestag @ Deutscher Bundestag

Debatte über Wirecard-Untersuchungsausschuss

Am 11. September hat der Deutsche Bundestag über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses rund um den Wirecard-Skandal debattiert. Als zuständiger Berichterstatter der Unionsfraktion hat auch Matthias Hauer MdB dazu im Plenum gesprochen. Dabei richtete sich der Essener Politiker vor allem an Bundesfinanzminister Olaf Scholz: „Herr Bundesfinanzminister, machen Sie sich zum obersten Aufklärer und zum obersten Reformier. Als Aufklärer sollten Sie für volle Transparenz bei der Aufarbeitung des Skandals sorgen – gerade als Bundesfinanzminister, der für Finanzaufsicht BaFin und Geldwäscheaufsicht FIU zuständig ist“, forderte er. In einem Untersuchungsausschuss werde die Unionsfraktion konstruktiv und mit Hochdruck daran mitarbeiten, den Fall Wirecard aufzuklären. „Ich hoffe, dass wir am Ende ein möglichst vollständiges Bild davon haben, wie dieser Skandal ermöglicht wurde und wie wir einen zweiten Fall Wirecard verhindern können“, betonte er. Der Untersuchungsausschuss soll das Verhalten von Bundesregierung, Aufsichtsbehörden und Wirtschaftsprüfern im Zusammenhang mit dem inzwischen insolventen Zahlungsdienstleister beleuchten. Der Konzern soll jahrelang seine Bilanzen gefälscht haben.

Hintergrund

Untersuchungsausschuss

Der Untersuchungsausschuss ist eines der ältesten und wichtigsten Instrumente der parlamentarischen Information und Kontrolle, dessen sich vor allem die Opposition bedient. Ziel eines solchen Ausschusses ist es, Missstände aufzuklären. Der Ausschuss tagt für einen bestimmten Zeitraum und kann sowohl Zeugen und Sachverständige befragen als auch Akteneinsicht nehmen, um die Vorwürfe zu klären.

Im Fall Wirecard haben die drei Fraktionen von FDP, Die Linke und Bündnis 90/ Die Grünen einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gestellt. Um einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, muss ein Viertel der 709 Abgeordneten im Bundestag zustimmen – die drei antragstellenden Oppositionsparteien erreichen mit ihren 216 Sitzen diese Anzahl.

Die Aufklärung im Rahmen eines Untersuchungsausschusses hängt maßgeblich vom Untersuchungsauftrag ab. Die Einsetzung ist an strenge verfassungsrechtliche Vorgaben gebunden. Da das Prinzip der Diskontinuität gilt, muss der Ausschuss nun unter zeitlichem Druck arbeiten. Mit dem Ende der Legislaturperiode endet auch die Tätigkeit eines Untersuchungsausschusses. Anschließend werden die Ergebnisse in einem Abschlussbericht veröffentlicht.



Matthias Hauer MdB im Gespräch mit Moderatorin Kathrin Jones, Ressortleiterin Finanzen beim Handelsblatt, während der Podiumsdiskussion

Handelsblatt Banken-Gipfel 2020

Auf Einladung des Handelsblatts nahm Matthias Hauer MdB am 2. September an der Jahrestagung des Banken-Gipfels in Frankfurt am Main teil. Austragungsort der Tagung war – mit weitreichenden Corona-Schutzvorkehrungen – das Congress Center Messe Frankfurt. Als zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Themenkomplex Wirecard beteiligte sich Matthias Hauer als Referent am Panel „Lehren aus dem Fall Wirecard“. An der Diskussion nahmen auch Danyal Bayaz MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Gerhard Schick (Vorstand Finanzwende) und Burkard Göpfert (Partner KLIEMT Arbeitsrecht) teil. Im Rahmen der Podiumsdiskussion kritisierte Matthias Hauer, dass die BaFin die Wirecard AG nicht als Finanzholding einstufte, keine eigene Bilanzprüfung vornahm und die Wirecard AG weitestgehend keiner Geldwäscheaufsicht unterlag.

Digitale Agenda

DigitalPakt Schule

Am 8. September lud Anja Karliczek, Bundesministerin für Bildung und Forschung, Mitglieder der Arbeitsgruppen Bildung und Forschung sowie Digitale Agenda zu einem gemeinsamen Gespräch zum Thema DigitalPakt Schule ein. Mit dem digitalen Bildungspakt wollen Bund und Länder für eine bessere Ausstattung der Schulen mit digitaler Technik sorgen. In der Corona-Krise haben sich der Stellenwert, aber auch die Herausforderungen im Bereich der digitalen Bildung deutlicher denn je gezeigt. Die Bundesregierung und Große Koalition haben dazu eine digitale Bildungsinitiative vereinbart. Mit einem Sofortprogramm zwischen Bund und Ländern in Höhe von 500 Millionen Euro werden digitale Endgeräte für Kinder und Jugendliche an Schulen bereitgestellt, die in ihrer häuslichen Umgebung nicht auf eine solche Ausstattung zugreifen können. Während des Treffens tauschten sich die Bildungs- und Digitalexperten der Unionsfraktion über den weiteren Fortgang der Bildungsinitiative aus. „Wir müssen dafür sorgen, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler gute Rahmenbedingungen haben. Zur Bildungsgerechtigkeit gehört auch die digitale Ausstattung zu gewährleisten. Deshalb ist es folgerichtig, dass wir digitale Endgeräte bei Bedarf zur Verfügung stellen“, betont Matthias Hauer MdB.



Matthias Hauer MdB richtet sich in seiner Rede im Deutschen Bundestag auch direkt an Bundesfinanzminister Olaf Scholz. © Deutscher Bundestag

Erinnerungslücken zu Cum-Ex nicht glaubhaft

Auch im Zusammenhang mit Cum-Ex-Geschäften der Hamburger Warburg Bank steht Bundesfinanzminister Olaf Scholz unter Druck. In einer Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag hat Matthias Hauer MdB am 9. September massive Kritik am Verhalten von Scholz in diesem Fall geäußert. „Erinnerungslücken sind für diese Dimension wenig glaubhaft“, betont Matthias Hauer, der in der Unionsfraktion für das Thema zuständig ist. Die Vorwürfe gegen Olaf Scholz gehen auf seine Amtszeit als Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg zurück. Hintergrund sind persönliche Treffen mit Warburg-Miteigentümer Christian Olearius. Allein im Jahr 2016 ging es um die drohende Verjährung von circa 47 Mio. Euro. Die Hamburger Finanzbehörde entschied sich gegen die Rückforderung. Nur auf Intervention des damaligen CDU-Bundesfinanzministers forderte die Hamburger Behörde 43 Mio. Euro für das Folgejahr zurück. Bei Cum-Ex-Geschäften haben sich Investoren durch illegale Trickereien Kapitalertragssteuern zweimal erstatten lassen, die nur einmal gezahlt wurden. Grundlage dieser kriminellen Geschäfte war ein Aktienhandel rund um den Dividentetermin.

Dank für Polizeieinsatz am Bundestag

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat den Polizistinnen und Polizisten gedankt, die am 29. August bei den Demonstrationen in Berlin im Einsatz waren. Stellvertretend für sie hatte er am 9. September mehrere Polizisten als Ehrengäste ins Parlament eingeladen. Die Abgeordneten spendeten Beifall für ihren Einsatz. Nach einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung hatte eine Menschenmenge, ausgestattet mit in der rechtsradikalen Szene häufig verwendeten Flaggen, die Absperrungen um das Reichstagsgebäude überwunden. „Es sind gerade die Polizei und die Sicherheitsbehörden, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung tagtäglich verteidigen. Ihnen gebührt unser Dank“, bekräftigt Matthias Hauer MdB. Dort hatten die zunächst nur wenige Beamten mit Mühe die andrängende Menge vom Eingang des Reichstagsgebäudes ferngehalten.



Beifall aus dem Parlament: Die Polizisten, die am 29. August den Reichstag geschützt hatten, waren als Ehrengäste eingeladen. © Deutscher Bundestag/ Henning Schacht



HWR-Präsidentin Professorin Susanne Staude und Matthias Hauer MdB in einem der Lehrräume der Hochschule Ruhr West am Standort Mülheim an der Ruhr

Besuch am Hochschulstandort Mülheim

Auf Einladung der Präsidentin, Frau Prof. Dr.-Ing. Susanne Staude, hat Matthias Hauer MdB am 27. August die Hochschule Ruhr West in Mülheim an der Ruhr besucht. Der Essener CDU-Abgeordnete betreut in dieser Legislaturperiode für die CDU auch Mülheim als Ansprechpartner im Deutschen Bundestag. Die Präsidentin und Matthias Hauer tauschten sich dabei über die anwendungsorientierte Lehre und Forschung an der Hochschule, den Lehrbetrieb in Zeiten der Corona-Krise, die Bildungslandschaft im Ruhrgebiet sowie die Förderungen durch Land und Bund aus. Die Hochschule Ruhr West arbeitet vor allem mit kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Handwerksbetrieben zusammen. Gemeinsam nutzen sie Erkenntnisse aus der Grundlagenforschung und neue Ideen für die Entwicklung von modernen Produkten. „Die Kooperation zwischen Hochschulen und mittelständischen Unternehmen ist ein wichtiger Bestandteil der Innovationskraft in Deutschland, insbesondere im Ruhrgebiet“, sagte Matthias Hauer. Zudem betonte er: „Ein krisenbedingter Ausfall dieser Zusammenarbeit darf nicht zu einem Kompetenzverlust und Brain-drain führen.“



Die beiden Geschäftsführer der Stauder-Brauerei, Dipl. Brau-Ing. Axel Stauder (l.) und Dr. Thomas Stauder, im Austausch mit Matthias Hauer MdB

Gesundheit



Matthias Hauer MdB im MVZ auf der Kettwiger Straße

Medizinische Versorgung in Essen

Welchen Beitrag leisten Medizinische Versorgungszentren (MVZ) zur Gesundheitsversorgung in unserer Stadt? Welche politischen Rahmenbedingungen sind nötig, um Ärztinnen und Ärzte sowie weiteres medizinisches Fachpersonal in Deutschland zu halten? Diese und weitere Fragen hat Matthias Hauer MdB am 12. August mit Dr. Bernard Frieling (Kaufmännischer Leiter Medcover, 2.v.l.), Dr. Kristian Koch (Strategy & New Business Director Medcover, Mitte) sowie den beiden Essener Fachärzten für Innere Medizin, Dr. Susanne Gerhards und Dr. Sebastian Lederbogen, in den Praxisräumen auf der Kettwiger Straße erörtert. Die MVZ von Medcover betreuen Patientinnen und Patienten in fachärztlichen Spezialisierungen – hier im Bereich Innere Medizin/Endokrinologie.

Familienunternehmen stärken

Seine Mittelstands-Tour hat Matthias Hauer MdB am 12. August in die Privatbrauer Jacob Stauder in Altenessen geführt. Mit den beiden Geschäftsführern, Dipl. Brau-Ing. Axel Stauder (l.) und Dr. Thomas Stauder, sprach der Essener CDU-Bundestagsabgeordnete vor allem über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Veranstaltungsbranche und Gastronomie sowie über die politischen Maßnahmen. Auch die Herausforderungen des mittelständischen Familienunternehmens in sechster Generation in Konkurrenz zu Großbrauereien und Konzernen waren Schwerpunkt des Gesprächs. „Es ist wichtig, dass wir Unternehmen wie Stauder in unserer Stadt haben, die sich klar zum Heimatstandort Essen und dem Ruhrgebiet bekennen“, betonte Matthias Hauer. Der Familienbetrieb ist seit 1867 in Essen ansässig und seit 1888 am Standort in Altenessen.

Jugend & Politik



Matthias Hauer MdB beim BDKJ in Essen

Austausch mit katholischer Jugend

Auch in diesem Jahr hat sich Matthias Hauer MdB mit Jugendlichen vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) Essen zum politischen Gespräch getroffen. Mit den Diözesanvorsitzenden Stephanie Smolinski, Björn Krause (r.) und Christian Toussaint tauschte sich der Abgeordnete über die ehrenamtliche Tätigkeit in der katholischen Jugend, die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf das Lernen von Kindern und Jugendlichen sowie über Maßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit in Essen aus. Traditionell organisiert der BDKJ Diözesanverband Essen ein Kamingespräch, bei dem junge Menschen mit Politikerinnen und Politikern aus Bundestag und Landtag ins Gespräch kommen. Aufgrund der Corona-Pandemie musste die Veranstaltung in dieser Form in diesem Jahr leider ausfallen.



Wie Rhamnolipide in Kosmetik und Haushaltsprodukten eingesetzt werden, erfuhren die Politiker im Labor von Evonik am Essener Produktionsstandort. © Evonik

Ralph Brinkhaus bei Evonik in Essen

Am 13. August war der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus, in Essen zu Gast. Gemeinsam mit Matthias Hauer MdB sowie dem Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen besuchte er die Evonik Industries AG am Standort in der Goldschmidtstraße. Thema des Besuchs war neben Wettbewerbsfähigkeit und Energiewende auch die Entwicklung nachhaltiger Produkte. Evonik-Vorstandschef Christian Kullmann informierte zur Innovationspolitik des Unternehmens. Ein Entwickler-Team zeigte den Politikern im Labor, wie nachhaltige Lösungen in der Kosmetik sowie in Haushaltsprodukten angewandt werden. Am Beispiel der Rhamnolipide – das sind neuartige Biotenside auf Zucker-Basis, die biologisch abbaubar sind – wurde das Thema Nachhaltigkeit bei Innovationen im Konsumgütermarkt besprochen. „Ich freue mich, dass wir den Vorsitzenden der Unionsfraktion im größten Industriebetrieb unserer Stadt begrüßen durften“, sagt Matthias Hauer. Am Essener Standort sind rund 1.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Evonik produziert hier Spezialchemikalien u.a. für die Herstellung von Haut- und Haarpflegeprodukten, Wasch- und Reinigungsmitteln, Kunststoffen und Isolierungen.

Zeitarbeit in der Corona-Krise

Auf Einladung des Bundesarbeitgeberverbandes der Personaldienstleister war Matthias Hauer MdB am 17. August in der Rüttenscheider Niederlassung von Adecco und DIS AG zu Gast. Mit dem Regional-Service-Manager der Adecco, Frank Nühlen, dem Niederlassungsleiter der DIS AG, Marc-Alexander Peters, sowie dem Public Affairs Manager der Adecco Group, Martin Heinen, tauschte sich der Essener Abgeordnete über die aktuelle Situation der Branche aus. Dabei ging es vor allem um die Lage der Personaldienstleister in der Corona-Krise, den Arbeitsmarkt in Essen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen. „Auch Personaldienstleister hat die Corona-Krise auf eine harte Probe gestellt“, betont Matthias Hauer. „Dabei spielt Zeitarbeit eine wichtige Rolle auf dem Arbeitsmarkt und kann eine Chance sein, in der Krise wieder Arbeit zu bekommen – gerade jetzt, da es einigen Unternehmen wirtschaftlich schwerfällt, langfristig personell zu planen.“



Besuch bei Adecco und DIS AG in Rüttenscheid: Frank Nühlen, Martin Heinen, Matthias Hauer MdB und Marc-Alexander Peters (v.l.)



Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169
Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin (v.l.): Alexandra Zins,
Cornelius Gerster, Dirk Alexander Stahns und
Katrin Arnholz © Deutscher Bundestag/ Inga Haar



Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100
Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen (v.l.): Britta Kremer,
Najma Yari und Felix Paul © Renate Debus-Gohl

E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: facebook.com/matthiashauer.cdu

Instagram: instagram.com/matthias.hauer.mdb

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

Internet: matthias-hauer.de

